

Sorgenbarometer 2021

Die Pandemie in der zweiten Phase

Resilienz und Rückzug in individuelle Lebenswelten

Projektteam

Lukas Golder: Politik- und Medienwissenschaftler

Cloé Jans: Politikwissenschaftlerin

Thomas Burgunder: Mathematiker

Adriana Pepe: Politikwissenschaftlerin

Daniel Bohn: Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Roland Rey: Volkswirtschaftler

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	4
1.1 Befragungskonzept und Methode	4
2 Sorgenwahrnehmung in der Schweiz 2021	6
2.1 Veränderung über die Zeit	7
2.2 Priorisierung ausgewählte Sorgen in den Untergruppen	10
3 Beziehung zu Europa	12
4 Zustand der Demokratie	16
4.1 Vertrauen	18
4.2 Politische Institutionen	21
5 Identität	23
6 Fokus Wirtschaft	24
6.1 Individuelle Wirtschaftslage	24
6.2 Schweiz vs. Ausland	27
6.3 Wirtschaft und Gesellschaftspolitik	29
7 Synthese	30
8 Anhang	31
8.1 Sorgentabelle im Trend (1988-2021)	31
8.3 gfs.bern-Team	37

1 Einleitung

Das CREDIT SUISSE SORGENBAROMETER ist eine jährliche Studie zur Erfassung und Beobachtung der Meinung der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Das Sorgenbarometer existiert bereits seit 45 Jahren und wird seit 1995 durch gfs.bern erhoben.

Dank den Möglichkeiten der direkten Demokratie sind die Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz auf allen Ebenen des Staates (Bundesstaat, Kantone und Gemeinden) in der Lage, verschiedene Bereiche des Staates direkt und unmittelbar mitzugestalten und zu verändern. Das Credit Suisse Sorgenbarometer zeigt auf, bei welchen politischen Fragen und Themenbereichen die Stimmberechtigten besonders grossen Handlungsdruck sehen und welche als weniger dringlich eingeschätzt werden. Erfasst werden zudem auch die Wahrnehmung des wirtschaftlichen und politischen Umfelds sowie die Beurteilung der gesellschaftlichen und politischen Institutionen.

Die politische und gesellschaftliche Situation ist 2021 in der Schweiz, wie überall auf der Welt, durch die Corona-Pandemie geprägt. Die globale Pandemie stellt dabei nicht nur die Wirtschaft der Schweiz auf die Probe, sondern ist auch ein Stresstest für unsere politischen Institutionen und den Zusammenhalt innerhalb des Landes. In der Vergangenheit haben die Schweiz und ihre Bevölkerung in schwierigen Situationen immer wieder grosse Resilienz bewiesen. Das Sorgenbarometer zeigt auf, dass dies – mit gewissen Vorbehalten – auch dieses Mal der Fall ist.

Dennoch gibt es gewisse Entwicklungen – wie etwa die zunehmende Polarisierung in der Politik und Gesellschaft, die Fragmentierung des Mediensystems oder der Trend hin zu einer stärkeren Individualisierung – die eine Veränderung für die Funktionsweise der Meinungsbildung und Politikgestaltung – ja für das gesamte Zusammenleben im Land – mit sich bringen. Beispielsweise treffen zunehmend progressive urbane Ideen immer stärker auf bewahrende Lebenswelten auf dem Land. Auch diese Auswirkungen werden im diesjährigen Sorgenbarometer thematisiert.

Ein wichtiger Fokus liegt zudem traditionellerweise auf der Ausgestaltung der Beziehungen der Schweiz zur EU. Mit dem Ende der Verhandlungen um das Institutionelle Rahmenabkommen (InstA) im Mai 2021 durch den Bundesrat, muss hier ein neuer Weg in die Zukunft gefunden werden. Das Sorgenbarometer liefert auch hier Antworten darauf, wie es um die Präferenzen der Bevölkerung steht.

Das Credit Suisse Sorgenbarometer stellt zusammen mit dem Jugendbarometer ein umfassendes und langjähriges demoskopisches Informationssystem zur Erfassung des gesellschaftlichen und politischen Pulses der Schweizer Bevölkerung sowie dem Ausland dar.

1.1 Befragungskonzept und Methode

Um der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation, in der sich die Schweiz befindet, besser Rechnung tragen zu können, wird der Fragebogen des Sorgenbarometers jährlich neu evaluiert und moderat an die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse angepasst. Das gilt insbesondere für die wahrgenommenen Problemfelder. 2021 wird darum ein spezieller Fokus auf die Folgen der Corona-Krise in der Schweiz gelegt. Ein weiterer Teil des Fragebogens widmet sich zudem der Frage, was die Bevölkerung von Unternehmen mit Blick auf gesellschaftspolitische Themen erwartet. Der Befragungsteil zu Europa/EU wurde ebenfalls der aktuellen Situation rund um das Ende des Rahmenabkommens angepasst. Im Gegensatz zu den letzten Jahren werden diese Ergebnisse nicht mehr im Rahmen eines separaten Berichts publiziert, sondern fliessen mit in den Sorgenbarometer-Schlussbericht ein.

Für das Sorgenbarometer wurden insgesamt 1'722 Stimmberechtigte aus der ganzen Schweiz in einem Mixed-Mode-Verfahren befragt. Die Daten der verschiedenen Methoden wurden einzeln

auf Methodeneffekte hin geprüft, danach erfolgte eine systematische Gewichtung, um die Repräsentativität sicherzustellen. Die Interviews wurden im Juli und August 2021 durchgeführt. Über die genauen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht.

Auftraggeber	Credit Suisse
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Politisches Gemeindeverzeichnis der Schweiz, gfs-Panel, Online-Opt-in
Datenerhebung	Face to Face (n=300) gfs-Panel (n=498) Online-Opt-in (n=924)
Stichprobengrösse	Total Befragte N=1'722
Art der Stichprobenziehung	Face to Face: Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Befragten Sprachregion (Alter/Geschlecht interlocked) gfs.bern-Panel: Einladung über das gfs.bern-Panel Online-Opt-in: Online-Rekrutierung über Social Media, freier Zugang zur Befragung
Gewichtung	nach Methode, Alter/Geschlecht interlocked, Sprachregion und Partei
Stichprobenfehler	±2,3 Prozentpunkten bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Befragungszeitraum	von Juli bis August 2021
Publikation	November 2021

Tabelle 1: Methodische Details

2 Sorgenwahrnehmung in der Schweiz 2021

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen, Umweltschutz und Klimawandel und die Altersvorsorge sind in den Augen der Schweizer Stimmbevölkerung zurzeit die grössten Herausforderungen des Landes. Gab es in den vergangenen Jahren jeweils ein Thema, das klar mehr Stimmen als die anderen auf sich vereint hat, ist das aktuell nicht mehr der Fall. Der Anteil Personen, welche entweder Klima, Corona oder die AHV zu den fünf grössten Problemen zählen, ist bis auf einen Prozentpunkt genau gleich gross.

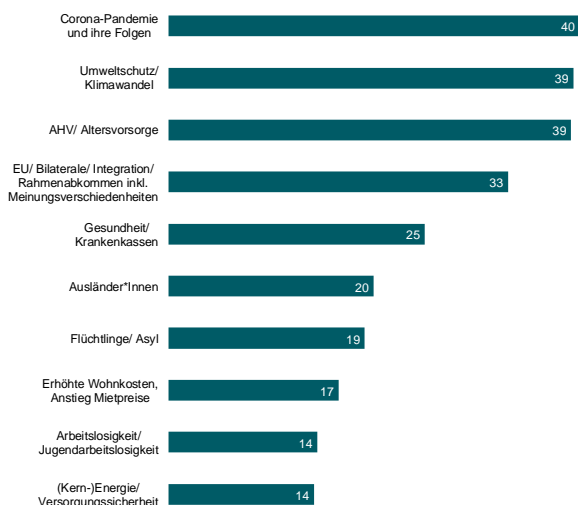
Die CORONA-PANDEMIE lässt sich aufgrund der inzwischen breit verfügbaren Impfungen zwar relativ gut mit unserem Alltag vereinbaren, die Ausnahmesituation ist aber bei weitem noch nicht vorbei. War die Diskussion vor einem Jahr stark darauf ausgerichtet, die ökonomische Situation zu stabilisieren, ist sie aktuell stärker auf gesellschaftliche und politische Fragen ausgelegt: Etwa, inwiefern es zulässig ist über die Einführung der Zertifikatspflicht individuelle Freiheiten zum Wohle Aller einzuschränken. Obwohl neben Corona die meisten anderen Themen in den Hintergrund treten, bleibt die KLIMAFRAGE in ihrer Dringlichkeit ungebrochen zentral in den Augen der Stimmberechtigten. Die Klimastreiks mögen in den letzten zwei Jahren in den Medien und der Öffentlichkeit etwas weniger häufig präsent sein, als dies etwa 2019 der Fall war. In der Bevölkerung herrscht inzwischen jedoch breite Einigkeit darüber, dass Umweltschutz und Klimawandel zu den grössten Problemen unserer Zeit gehören – unabhängig von der unmittelbaren Tagesaktualität. Während die Klimafrage ein Dauerbrenner auf globaler Ebene ist, gilt dasselbe für die ALTERSVORSORGE in der Schweiz. Politisch lassen die grossen Würfe zur Sanierung der AHV seit der gescheiterten Abstimmung im Jahr 2017 auf sich warten. Die Bevölkerung der Schweiz sorgt sich aber offensichtlich unabhängig von den Tagesaktualitäten um die Zukunft der AHV.

Ebenfalls unter den fünf dringlichsten Themen für das Jahr 2021 findet sich die Ausgestaltung der BEZIEHUNGEN ZU EUROPA und die Entwicklung (der Kosten) im GESUNDHEITSWESEN und bei Krankenkassen. Auf Platz sechs und sieben liegen die beiden Sorgen mit Bezug zur Migrationsthematik: Die Sorge um AUSLÄNDER/INNEN, die eher vor dem Hintergrund der Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte zu sehen ist einerseits und die Sorge um FLÜCHTLINGE UND ASYLSUCHENDE andererseits, welche eher im Zusammenhang mit einer Sorge vor einer möglichen «Überfremdung» und einem zunehmenden Druck auf die Sozialwerke steht. 17 Prozent der Stimmberechtigten in der Schweiz zählen dieses Jahr erhöhte WOHNKOSTEN und den Anstieg der Mietpreise zu den fünf grössten Herausforderungen der Schweiz. Die ARBEITSLOSIGKEIT oder auch die VERSORGUNGSSICHERHEIT im Bereich der Energie bereitet je 14 Prozent Sorgen.

Sorgen Top 10

"Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigte,
Mehrfachnennungen möglich



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722)

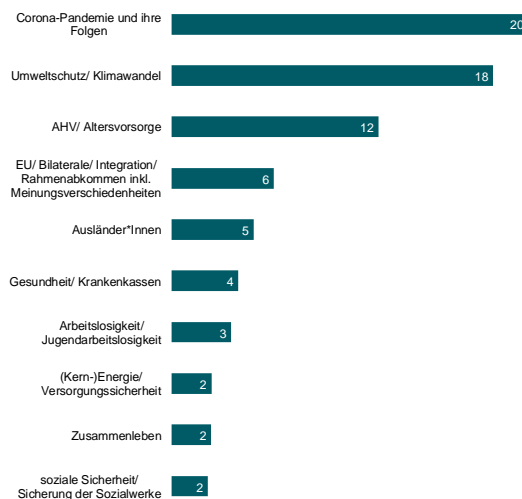
Grafik 1

Auch wenn die Stimmberechtigten sich für nur eines (das dringendste) Problem entscheiden müssen, bleibt die Top drei wie beschrieben bestehen: Die Pandemie liegt an erster Stelle, gefolgt vom Klimawandel und der Altersvorsorge. Über die Top drei hinaus besteht kaum Einigkeit, welche Probleme besonders dringlich sind. Die Ausgestaltung der Beziehung zu Europa liegt zwar auf Platz vier der dringlichsten Themen, nur gerade 6 Prozent der Stimmberechtigten sehen dies jedoch so. Für alle folgenden Themenbereiche sind es gar noch weniger.

Dringendste Sorgen Top 10

"Und welches dieser fünf wichtigsten Probleme müsste Ihrer Ansicht nach an erster Stelle gelöst werden?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722)

Grafik 2

2.1 Veränderung über die Zeit

Die CORONA-PANDEMIE bleibt also auch in diesem Jahr an erster Stelle der Schweizer Sorgenwahrnehmung. Nichtsdesto-trotz hat die Sorge um die Corona-Pandemie in der öffentlichen Wahrnehmung innerhalb des letzten Jahres abgenommen. Der Anteil Stimmberechtigter, welche die Corona-Pandemie und ihre Folgen zu den fünf grössten Problemen der Schweiz zählt, ist im Vergleich zu 2020 um 11 Prozent (51% auf 40%) gesunken. Beim UMWELTSCHUTZ UND KLIMAWANDEL zeigt der Sorgentrend dagegen genau in die andere Richtung: Hier ist eine Zunahme von 10 Prozent (29% auf 39%) im Vergleich zum letzten Jahr zu beobachten. Neben der im Juni gescheiterten Abstimmung zum CO2-Gesetz dürften insbesondere auch Naturereignisse wie die Flutkatastrophe in Deutschland im Juli das in der Bevölkerung bereits breit vorhandene Problembewusstsein weiter verstärkt haben. Die ALTERSVORSORGE wird im Vergleich zum letzten Befragungsjahr eher wieder etwas wichtiger in der Sorgenwahrnehmung, die Werte bleiben jedoch deutlich hinter denjenigen unmittelbar nach der verlorenen Abstimmung zur Reform 2017 zurück.

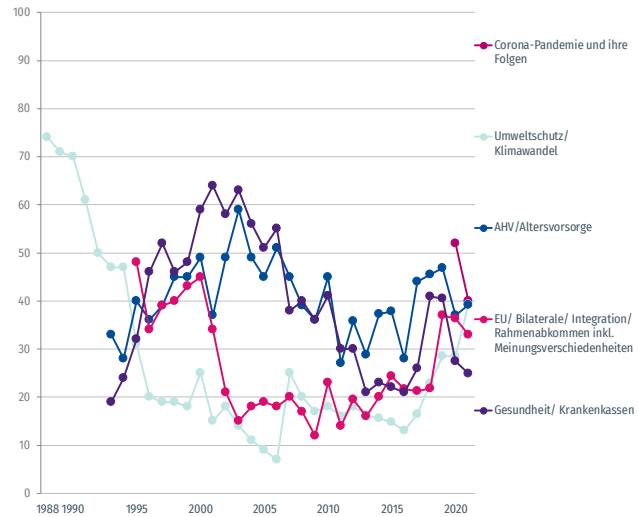
Ins Auge sticht, dass sich die Stimmberechtigten der Schweiz nicht mehr Sorgen um die EUROPAFRAGE machen als im letzten Jahr. Im Gegenteil: Trotzdem, dass die Zukunft der Beziehung zur EU nach dem Abbruch des Rahmenabkommens ungewiss ist, verliert die Thematik bezüglich ihrer Problemwahrnehmung in der Bevölkerung an Bedeutung. Trotz der grossen Belastung, welche die Corona-Pandemie für das GESUNDHEITSWESEN der Schweiz darstellt, nimmt die allgemeine Problemwahrnehmung in diesem Bereich nicht weiter zu – im Gegenteil. Trotz Befürchtungen wegen fehlender Kapazitäten und Engpässe konnte die medizinische Versorgung der Bevölkerung in der Schweiz stets gewährleistet werden.

Trend Problembewusstsein (1-5)

"Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = jeweils ca. 1000)



Grafik 3

Sowohl beim Thema AUSLÄNDER/INNEN als auch im Bereich ASYL und FLÜCHTLINGE hat der Anteil jener Schweizer/innen, die diese zu den grössten fünf Problemen des Landes zählen, abgenommen. Dies dürfte mitunter daran liegen, dass Migration seit einigen Jahren in der Schweiz als Thema nicht absolute Priorität hat. Im Vergleich zum letzten Jahr zugenommen hat die Problemwahrnehmung im Bereich der WOHN- und MIETPREISE. Der Anstieg in der Nachfrage (gerade auch von grossen institutionellen Anlegern) nach Wohneigentum dürfte dabei mit zu den gestiegenen Kosten beigetragen haben.

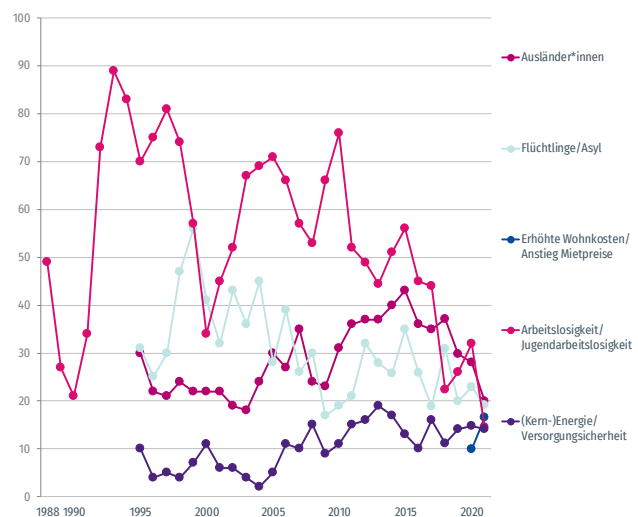
Trotz der unsicheren ökonomischen Lage geradezu eingebrochen ist die Sorge um ARBEITSLOSIGKEIT. Belegte dieses Thema während Jahren stets einen der Spitzenplätze, ist das nun definitiv nicht mehr der Fall. Auf Platz zehn kommt die Energie- und Versorgungssicherheit zu liegen. Die Entwicklung der Problemwahrnehmung in diesem Bereich verlief über die letzten Jahre un stetig. Seit 2019 bleiben die Werte aber einigermassen konstant.

Trend Problembewusstsein (6-10)

"Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = jeweils ca. 1000)



Grafik 4

Eine komplette Übersicht über alle rund 40 abgefragten Probleme seit den späten 80er-Jahren ist in der Sorgentabelle in Anhang 8.1. ersichtlich. Die unten aufgeführte Grafik stellt die Auswahl einiger Problementwicklungen über die letzten Jahre dar, die alle nicht unter den Top 10 rangieren, aber dennoch besonders spannend sind. Dabei gilt es im Vergleich zu den obigen Grafiken zu beachten, dass die Y-Achse zwecks besserer Lesbarkeit angepasst wurde (0 bis 40, statt 0 bis 100%).

Auffällig ist die Entwicklung der SOZIALEN SICHERHEIT. Noch vor zehn Jahren gehörte diese Sorge zu den wichtigsten der Schweiz. Seither hat der Problemdruck hinsichtlich dieser Frage

zunehmend abgenommen. Zugleich ist in dieser Zeit die Altersvorsorge ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Es scheint, als würde die soziale Sicherheit heute immer wie mehr ausschliesslich durch die Brille der Altersvorsorge betrachtet. In einer Zeit, in der auch die Sorge um die Arbeitslosigkeit sinkt, steht wohl auch der Schutz vor Erwerbsausfall nicht mehr ganz so stark im Vordergrund. Zudem hat die Schweiz seit 2005 eine Mutterschaftsversicherung, welche für einen wesentlichen Teil der Bevölkerung ebenfalls Klarheit über die soziale Sicherheit schafft und so den Problemdruck etwas entschärft.

Vergangene Ausgaben des Sorgenbarometers haben gezeigt, dass die Schweiz in Sachen DIGITALISIERUNG in der Wahrnehmung der Bevölkerung gut aufgestellt ist. Dennoch sorgt sich ein wachsender Anteil (rund doppelt so hoch wie noch vor fünf Jahren) um technologische Entwicklungen. Dabei dürften weniger Sorgen um die eigene Arbeitsstelle die treibende Kraft sein, als Unsicherheiten im Zusammenhang mit Datenschutz oder neuen Technologien.

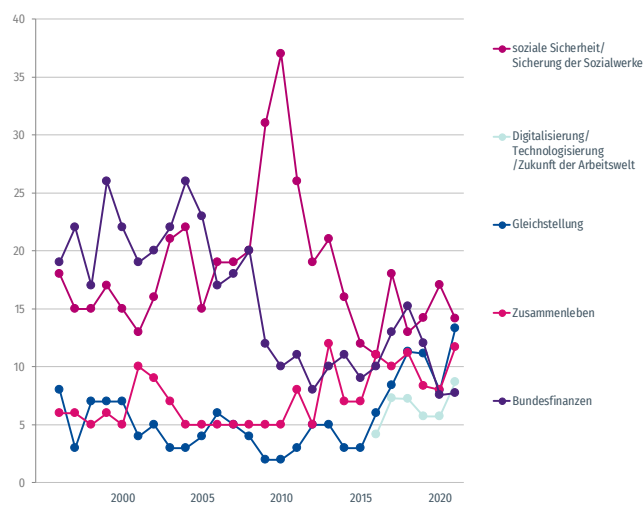
Ab dem Jahr 2015 begann der teils rasante Anstieg des Themas GLEICHSTELLUNG in der Sorgenwahrnehmung der Schweizer Bevölkerung. Nach einem Einbruch im letzten Jahr erreicht der Problemdruck in diesem Bereich nun einen neuen Höchstwert. Wie bei der Umweltfrage auch, dürfte es sich hier um ein Thema handeln, das gekommen ist, um zu bleiben. Die Wertelandschaft in (immer grösser werdenden) Teilen der Gesellschaft und der Wirtschaft hin zu progressiveren Geschlechterrollen und -verteilungen hat sich nachhaltig verändert.

Sowohl das ZUSAMMENLEBEN als auch die BUNDESFINANZEN sind Themen, die während der Corona-Pandemie wiederholt diskutiert wurden: Die Pandemie hat von verschiedenen Gruppen (jung vs. alt, Arbeitnehmer/innen vs. Arbeitgeber/innen Geimpfte vs. Ungeimpfte etc.) Solidarität und gegenseitige Rücksichtnahme verlangt. Das war (und ist) nicht immer einfach, was auch zum beobachteten Anstieg in der Sorgenwahrnehmung zum Zusammenleben beigetragen haben dürfte. Auf der anderen Seite erstaunt es umso mehr, dass ein Anstieg im Problemdruck rund um das Thema Bundesfinanzen ausblieb. Trotz eindeutigen Warnungen seitens des Bundesrates und des Finanzministers vor den Folgen der Pandemie für den Bundeshaushalt, scheinen sich die Sorgen der Bevölkerung in Grenzen zu halten.

Trend Problembewusstsein Auswahl

"Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = jeweils ca. 1000)

Grafik 5

2.2 Priorisierung ausgewählte Sorgen in den Untergruppen

Der Stadt-Land-Graben, der Generationenkonflikt oder Differenzen zwischen Sprachregionen werden zuweilen politisch und medial stark diskutiert. Im folgenden Unterkapitel wird die Sorgenwahrnehmung nach diesen unterschiedlichen Lebenswelten beleuchtet. Alle jene Themenbereiche werden ausgewiesen, wo zwischen den Untergruppen eine Differenz von mindestens 5 Prozentpunkten im Anteil jener vorherrscht, die diese Sorge als eine der wichtigsten des Landes benennen. Dabei wird ersichtlich: Es gibt durchaus unterschiedliche Prioritäten zwischen Stadt und Land, zwischen Älteren und Jüngeren oder auch zwischen Romands und Deutschschweizer/innen. Es ist aber nicht so, dass man die Welt fundamental anders betrachten würde. Die Stimmbevölkerung weist trotz aller Unterschiede auch sehr viele Gemeinsamkeiten auf.

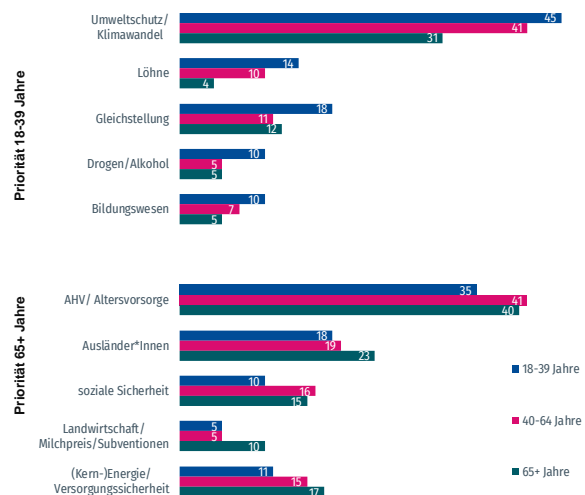
Die untenstehende Grafik zeigt: Es gibt sie durchaus – die Sorgen der Jungen und die Sorgen der älteren Schweizerinnen und Schweizer. Jüngere Leute sorgen sich stärker als alle anderen Generationen um weltweite Trendthemen wie Umwelt und Gleichberechtigung. In dieser Generation beschäftigen aber auch die Lohnfrage, das Bildungswesen und das Thema Drogen und Alkohol. Bei den älteren Kohorten ist es dagegen die Altersvorsorge und die soziale Sicherheit, man sorgt sich mehr als Jüngere um das Thema Ausländer/innen oder die Landwirtschaft. Je älter man ist, desto häufiger wird zudem das Thema Energie und Versorgungssicherheit zu den wichtigsten fünf Sorgen der Schweiz gezählt. Die Alterskohorte zwischen den Jüngsten und den Ältesten orientiert sich in der Tendenz in ihrer Wahrnehmung eher an den Pensionierten ab 65 Jahren.

Sorgen nach Alter mind. 5 % Differenz

"Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = jeweils c 1000)



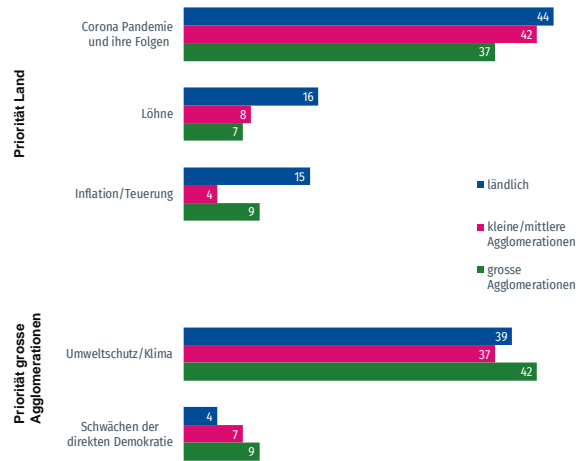
Grafik 6

Von den rund 40 abgefragten Themen gibt es genau fünf, bei denen der Unterschied in der Sorgenwahrnehmung zwischen den Stimmberechtigten grösser als 5 Prozentpunkte ist: Auf dem Land sorgt man sich demnach mehr als in der Stadt um die Folgen der Corona-Pandemie. Auch die Lohnfrage und die Teuerung beschäftigt stärker als in den grossen Agglomerationen. Dort empfindet man dagegen den Klimawandel als grösseres Problem und man sorgt sich um die Schwächen der direkten Demokratie. Auf dem Land setzt man die Prioritäten somit stärker auf wirtschaftliche Fragen, während in der Stadt postmaterielle Themen und Werthaltungen stärker beschäftigen. Interessant ist zudem, dass Stadt und Land mitnichten immer am weitesten auseinander liegen in ihrer Problemwahrnehmung. In Sachen Umweltschutz etwa sind sich progressive Städter und vom Klimawandel im Alltag stark betroffene Bauern auf dem Land näher als die Leute in den mittleren Agglomerationen. Dasselbe gilt für das Thema der Teuerung.

Sorgen nach Stadt-Land mind. 5 % Differenz

"Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen"

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = jeweils ca. 1000)

Grafik 7

Nach Sprachregionunterschieden lassen sich drei verschiedene Muster erkennen:

In der Deutschschweiz wie auch in der italienischsprachigen Schweiz wird die Zukunft der AHV wie der Klimawandel häufiger unter die fünf grössten Probleme der Schweiz gezählt als in der französischsprachigen Schweiz.

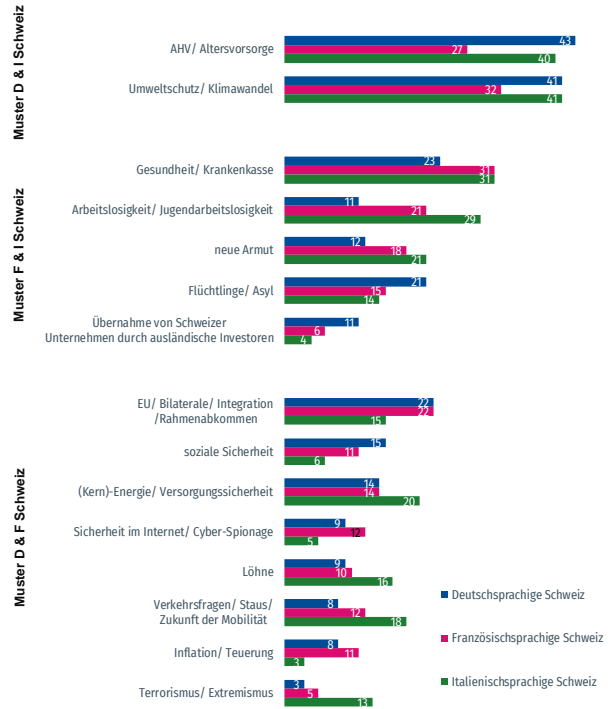
Die lateinischsprachige Schweiz sorgt sich dafür mehr um die Themen Gesundheit/Krankenkassen, die Arbeitslosigkeit und die neue Armut. Die Sorge rund um Flüchtlinge und Aysl sowie die Übernahme von Schweizer Unternehmen durch ausländische Investoren ist dagegen deutlich weniger ausgeprägt als in der deutschsprachigen Schweiz.

Bei den Themen im dritten Block ähneln sich die Sorgenwahrnehmung in der Deutschschweiz und in der französischsprachigen Schweiz, während man im Tessin die Lage etwas anders einschätzt. Die Beziehungen mit der EU etwa werden nördlich des Gotthards als deutlich grösseres Problem gesehen, als das im Süden der Schweiz der Fall ist. Dasselbe gilt für die soziale Sicherheit, die Sicherheit im Internet und die Teuerung. Auf der anderen Seite ist man in der Deutschschweiz und der Romandie weniger besorgt um (Energie-) Versorgungssicherheit, Terrorismus, das Thema Verkehr und Stau oder auch um Löhne, als das im Tessin der Fall ist.

Sorgen nach Sprachregionen mind. 5 % Differenz

"Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die für wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = jeweils ca. 1000)

Grafik 8

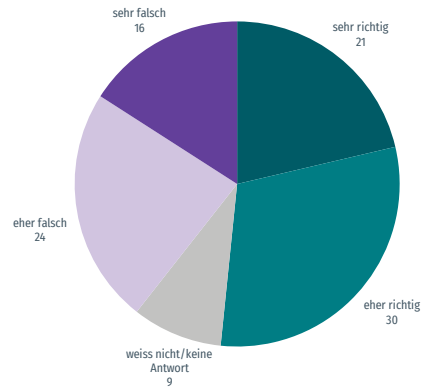
3 Beziehung zu Europa

Die Schweizer Bevölkerung ist zu 51 Prozent der Meinung, der Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen sei richtig gewesen. Nicht dieser Meinung sind dagegen 40 Prozent während 9 Prozent es nicht wissen oder keine Antwort angaben. Das Meinungsbild zum Abbruch der InstA-Verhandlungen ist somit zwar nur wenig gefestigt, es stützt in der Tendenz aber den Entscheid des Bundesrates.

Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen

"Im Mai 2021 hat der Bundesrat beschlossen, die Verhandlungen mit der EU zu einem institutionellen Rahmenabkommen abzubrechen. War dieser Entscheid in Ihren Augen sehr richtig, eher richtig, eher falsch oder sehr falsch?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1316)

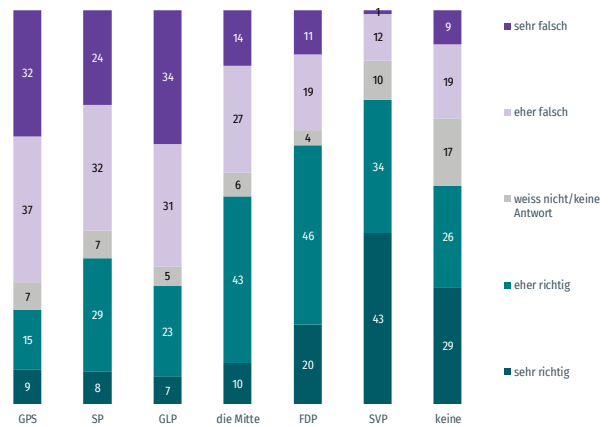
Grafik 9

Je weiter ins bürgerliche Lager die Parteisymphathien reichen, desto grösser fällt auch die Unterstützung für den Abbruch der Verhandlungen aus. Bereits Personen, die am ehesten mit der Mitte sympathisieren, sind mehrheitlich für den Abbruch. Am meisten Zustimmung erhält dieser Schritt im Lager der SVP, aber auch bei der FDP sind 66 Prozent dieser Meinung. Gerade bei knappen Entscheiden spielt es häufig eine grosse Rolle, auf welche Seite sich die Parteungebundenen schlagen. Im Falle des Rahmenabkommens sind sie nun eindeutig auf der Seite der Gegner/innen zu finden.

Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen nach Partei

"Im Mai 2021 hat der Bundesrat beschlossen, die Verhandlungen mit der EU zu einem institutionellen Rahmenabkommen abzubrechen. War dieser Entscheid in Ihren Augen sehr richtig, eher richtig, eher falsch oder sehr falsch?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1316), sig.

Grafik 10

Diese relativ breite Unterstützung für den Abbruch der Verhandlungen schlägt sich auch in einzelnen Aussagen zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU nieder. So ist etwa eine Mehrheit (64% sehr/eher einverstanden) der Meinung, dass die Schweiz den Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen unbeschadet überstehen wird. Zudem denken 58 Prozent, dass es dem Bundesrat gelingen wird, ein besseres, neues Abkommen zu verhandeln. Wie so oft in der Europafrage, findet sich im Meinungsbild der Stimmberechtigten auch eine gewisse Ambivalenz: So ist man zwar der Meinung, dass der Abbruch des Rahmenabkommens ein guter Entscheid war, 63 Prozent finden aber auch, dass die Schweiz ein Rahmenabkommen braucht, weil das Land als Wirtschaftsstandort sonst an Bedeutung zu verlieren droht. Nur wenig einverstanden ist man mit der Aussage, dass der Zugang zu Europa für Durchschnittsschweizer/innen weniger wichtig ist als für die Elite.

Aussagen zur Beziehung Schweiz-EU

"Wir haben hier einige Aussagen rund um die Beziehung der Schweiz zur EU gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1316)

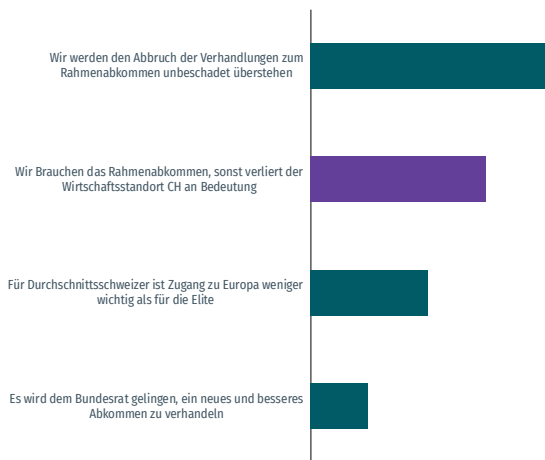
Grafik 11

Wird mittels eines Regressionsmodells errechnet, welches die relevanten Treiber für die Zustimmung zum Abbruch des Rahmenabkommens sind, ergibt sich das folgende Bild: Der wichtigste Treiber für die Zustimmung zum Abbruch ist die Überzeugung, dass die Schweiz den Abbruch unbeschadet überstehen wird. Das ist somit nicht nur die Aussage mit der meisten Zustimmung, sondern auch diejenige, welche für die Entscheidungsfindung am relevantesten war. Ebenfalls signifikant zur Zustimmung zum Verhandlungsabbruch beigetragen hat die Meinung, dass der Zugang zu Europa für Durchschnittsschweizer/innen weniger wichtig sei als für die Elite und der Glaube, dass es dem Bundesrat gelingen wird, ein neues Abkommen zu verhandeln.

Auf der anderen Seite hat die Überzeugung, dass die Bedeutung des Wirtschaftsstandortes Schweiz ohne Rahmenabkommen gefährdet ist, einen signifikanten Effekt auf die Wahrnehmung, dass der Abbruch der Verhandlungen ein Fehler war. Das Modell hat eine Erklärungskraft von 53 Prozent, was bedeutet, dass 47 Prozent der Faktoren, die die Zustimmung oder Ablehnung zum Verhandlungsabbruch erklären, nicht in diesem Modell enthalten sind. Für politische Fragen ist das eine eher hohe Erklärungskraft.

Einfluss auf Einschätzung zum Abbruch der Verhandlungen mit der EU über das Rahmenabkommen

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722), Erklärungsgrad: 53%

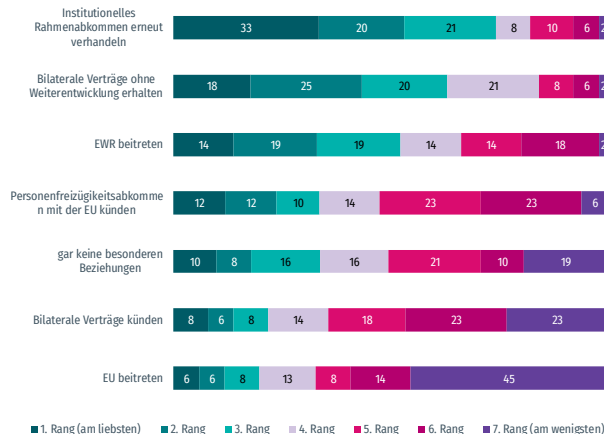
Grafik 12

Nun, da das Rahmenabkommen Vergangenheit ist, stellt sich die Frage, wie die Stimmberechtigten der Schweiz sich die Beziehung mit der EU in Zukunft vorstellen. Auf Platz eins der Wünsche für das zukünftige Verhältnis stehen die Neuverhandlungen des InstA, gefolgt vom Erhalt der bilateralen Verträge ohne Weiterentwicklung. Der EWR Beitritt schliesslich ist auf Platz drei zu finden – allerdings mit bereits deutlich mehr Personen, die diese Option auf die hinteren Plätze verweisen. Auf Platz vier folgt die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU. Gar keine besonderen Beziehungen oder die Kündigung des bilateralen Wegs sehen dagegen jeweils 10 oder 8 Prozent der Stimmberechtigten als erste Priorität. Die Rangfolge der Optionen legt nahe, dass die Bevölkerung der Schweiz durchaus ein geregeltes Verhältnis mit Europa wünscht. Ein Beitritt zur EU kommt aber insgesamt noch weniger in Frage als der vollständige Abbruch der Beziehungen.

Zukünftiges Verhältnis zwischen Schweiz und EU

"Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU Ihrer Meinung nach aussehen? Bitte bringen Sie die verschiedenen Möglichkeiten der künftigen Ausgestaltung in eine Rangfolge entsprechend Ihrer persönlichen Präferenzen. Rang 1 entspricht dem, was Sie am liebsten möchten, Rang 7 dem, was Sie am wenigsten möchten."

in % Stimmberechtigte, die eine eindeutige Rangfolge haben



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 898)

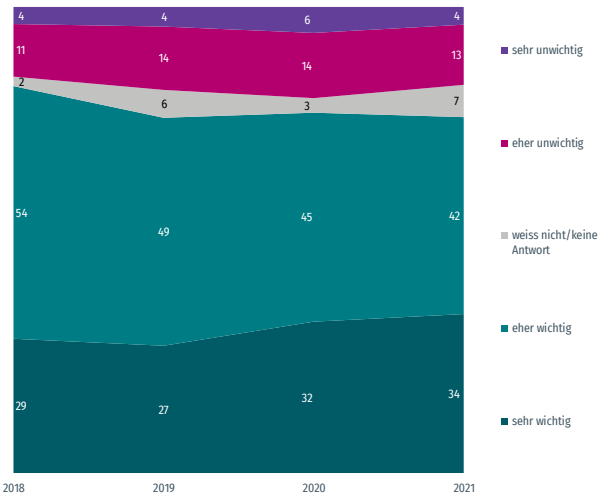
Grafik 13

Eine Mehrheit von 76 Prozent der Stimmberechtigten wünscht sich stabile Beziehungen mit der EU. Im Vergleich zum letzten Befragungsjahr verändert sich dieser Wert insgesamt nur wenig.

Trend Wichtigkeit Beziehung Schweiz - EU

"Wie wichtig sind Ihnen stabile Beziehungen
der Schweiz mit der EU?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1316)

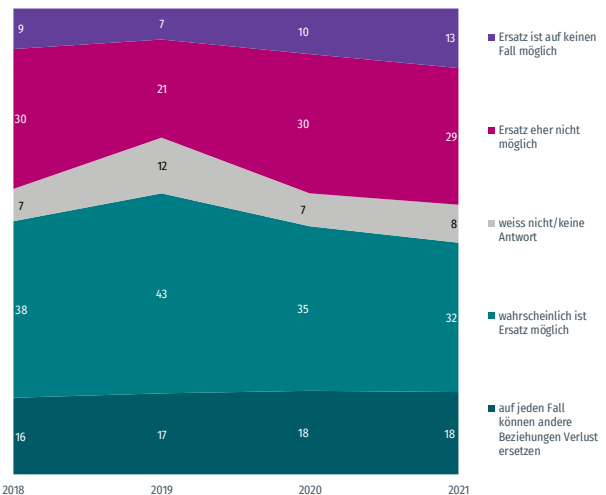
Grafik 14

Der Anteil Stimmberechtigter mit der Meinung, der Verlust des Zugangs zum EU-Markt könne über verstärkte Handelsbeziehungen mit grossen Drittstaaten wie China oder den USA wettgemacht werden, nimmt seit 2019 sukzessive ab. Dennoch stimmen auch dieses Jahr 50 Prozent der Befragten dieser Aussage zu, während 42 Prozent der Meinung sind, dass das nicht möglich wäre.

Trend Ersatz für Handels- beziehungen

"Falls sich der Marktzugang zur EU für
unsere Wirtschaft verschlechtern sollte: Kann
eine Verstärkung der Handelsbeziehungen
der Schweiz mit grossen Drittstaaten wie z.B.
China oder die USA den Verlust ausreichend
ersetzen? Ist dieser Ersatz möglich?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1316)

Grafik 15

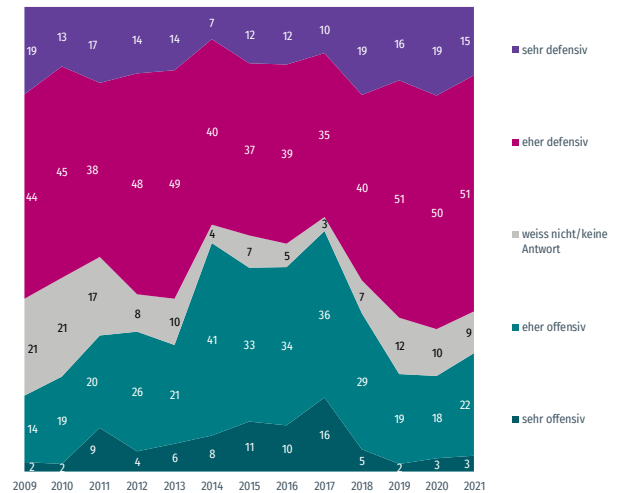
Die Stimmberechtigten der Schweiz empfinden das Verhalten der Politik gegenüber dem Ausland mehrheitlich als defensiv. Mit Ausnahme der Jahre 2014 (Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative) bis 2017, war das in den meisten Jahren dezidiert der Fall. Zwar hat der Anteil Schweizer/innen, die die Politik unseres Landes als offensiv beurteilen, seit 2020 leicht zugenommen, allerdings auf tiefem Niveau. Der Abbruch des Rahmenabkommens hat an diesen Mehrheiten nichts geändert und wurde in den Augen der meisten somit nicht als offensiver Akt wahrgenommen.

Trend Verhalten Schweizer Politik gegenüber dem Ausland

"Wie verhält sich die Schweizer Politik gegenüber dem Ausland, wenn es um die Anliegen des Landes geht? "

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1316)



Grafik 16

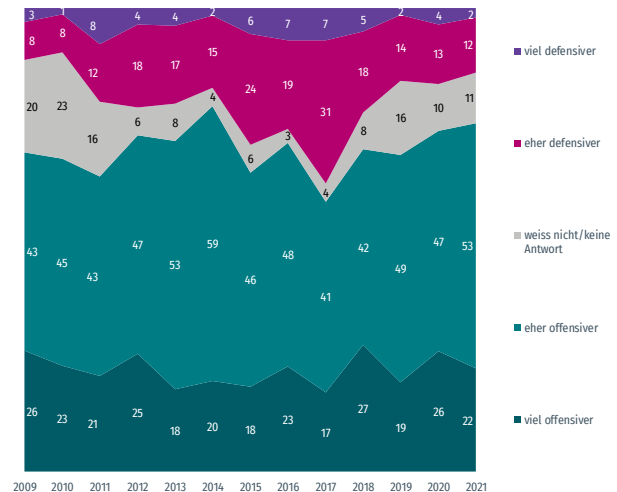
Tatsächlich wünscht sich eine Mehrheit für die Zukunft viel eher ein offensiveres als ein defensiveres Verhalten gegenüber dem Ausland, wenn es um die Anliegen der Schweiz geht. Das dürfte so auch für die (durchaus gewünschten) Neuverhandlungen des Rahmenabkommens der Fall sein.

Trend gewünschtes Verhalten Schweizer Politik gegenüber dem Ausland

"Und wie sollte sich die Schweizer Politik gegenüber dem Ausland verhalten, wenn es um die Anliegen des Landes geht? "

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1316)



Grafik 17

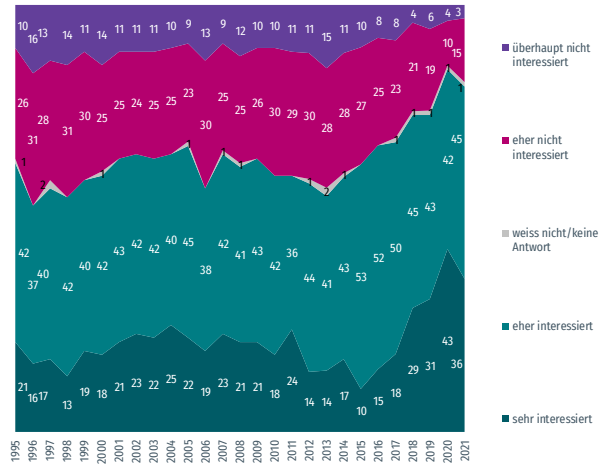
4 Zustand der Demokratie

Das Interesse der Schweizerinnen und Schweizer an der Politik stieg bis 2020 kontinuierlich an. Im Vergleich zum letzten Jahr nimmt der Anteil Stimmberechtigter, die sich sehr oder eher für Politik interessieren, erstmals seit langem wieder etwas ab – allerdings auf sehr hohem Niveau. Die aktuelle Situation rund um Corona hat den Fokus der Bevölkerung auf politische Themen in den letzten zwei Jahren geschärft, was sich auch in der wiederholt überdurchschnittlichen Beteiligung an eidgenössischen Abstimmungen seit Ausbruch der Pandemie zeigt.

Trend Interesse Politik

"Ganz allgemein gesprochen, wie sehr sind Sie an politischen Fragen interessiert?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722)

Grafik 18

Die sich nun über eineinhalb Jahre hinziehende Corona-Pandemie bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die politischen Institutionen. Eine Mehrheit der Stimmberechtigten ist dabei der Meinung, dass Corona insbesondere im Bereich der Digitalisierung der Politik Nachholbedarf ersichtlich gemacht hat. Der Föderalismus mit seiner starken Einbindung der Kantone wird zudem von 63 Prozent als wenig krisentauglich empfunden, und 55 Prozent sind der Meinung, das Krisenmanagement von Bund und Kantonen sei beim Ausbruch der zweiten Welle im Herbst 2020 ungenügend gewesen. Darüber, ob das Parlament auch in Krisenzeiten mehr Verantwortung übernehmen statt dem Bundesrat delegieren soll, sind die Meinungen mehr oder weniger gespalten (52% sehr/eher einverstanden vs. 44% nicht einverstanden).

Auf der anderen Seite hat die Krise in der Wahrnehmung der Stimmberechtigten auch gezeigt, dass die Schweiz solidarisch zusammenstehen und sich die Bevölkerung gegenseitig unterstützen kann (69% sehr/eher einverstanden). Dieser Meinung sind jedoch ältere Leute dezidiert (78% bei Personen 65+ Jahre) als dies bei den Jüngeren der Fall ist (66% 18-39-Jahre), und auch in der Romandie stimmt man eher zu (80%) als dies in der Deutschschweiz (67%) oder im Tessin (70%) der Fall ist.¹

Zudem sind 57 Prozent gar der Meinung, die Schweiz hätte Corona besser gemeistert als alle anderen Staaten. Diese Überzeugung herrscht insbesondere bei Personen mit Sympathien für Parteien in der Mitte oder im bürgerlichen Lager vor. Bei Grünen oder auch bei der GLP ist es dagegen nur eine Minderheit, die diese Einschätzung teilt.

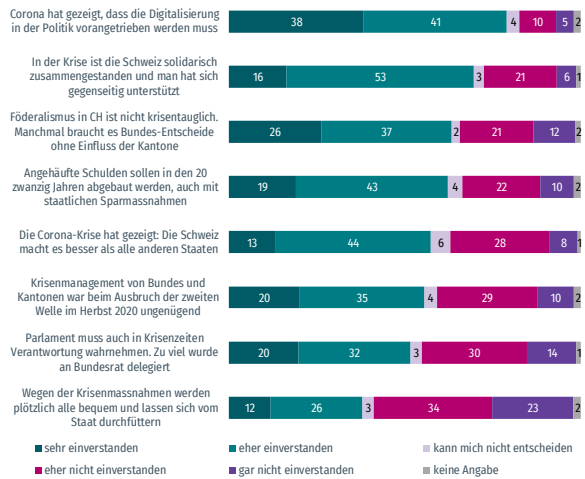
Die Angst, dass die Corona-Pandemie zu fiskalpolitischer Disziplinlosigkeit führt, ist derweil unbegründet: So teilen die Bedenken, dass sich ein Grossteil der Bevölkerung nach den gemachten Erfahrungen mit Kurzarbeit und Notkrediten inskünftig vom Staat «durchfüttern lassen» möchte, nur eine (wenn auch nicht unerhebliche) Minderheit von 38 Prozent. Eine klare Mehrheit ist zudem der Meinung, die angehäuften Schulden sollen in den nächsten 20 Jahren – wenn nötig auch mit Sparmassnahmen – abgebaut werden.

¹ Auswertung nicht im Schlussbericht

Aussagen zur Corona-Krise

"Wir haben hier einige Aussagen zur Corona-Krise zusammengetragen. Sind Sie mit diesen Aussagen sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1330)

Grafik 19

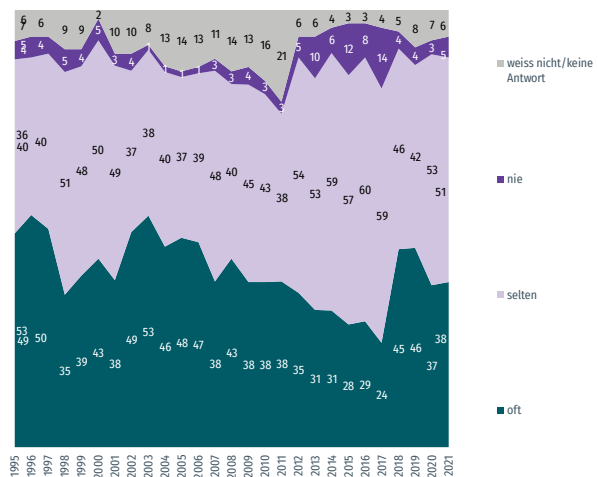
4.1 Vertrauen

Im Vergleich zu den Jahren vor 2018 ist der Anteil Stimmberechtigter mit der Ansicht, die Politik versage oft, weiterhin relativ hoch. Eine Mehrheit diagnostiziert jedoch höchstens ein seltenes Politikversagen. Dasselbe gilt auch für die Wirtschaft. Die Verläufe im Meinungsbild zum Politik- und Wirtschaftsversagen ähneln sich – wenn nicht im Detail, so mindestens in den Extrempunkten: In beiden Fällen gab es einen deutlichen Peak der Kritik zu Beginn der Nullerjahre, seither eher eine Abnahme und seit 2018 wieder höhere Werte. Die Corona Pandemie hat dabei die bereits vor 2020 bestehende eher kritischere Sichtweise weder verstärkt noch abgeschwächt. Das heisst, Politik und Wirtschaft haben in den Augen der Stimmberechtigten in den letzten Jahren nicht versagt, sie konnten sich aber trotz enormem Einsatz und Sichtbarkeit auch keinen Bonus an Wohlwollen zulegen.

Trend Politikversagen

"Haben Sie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Dingen?"

in % Stimmberechtigte



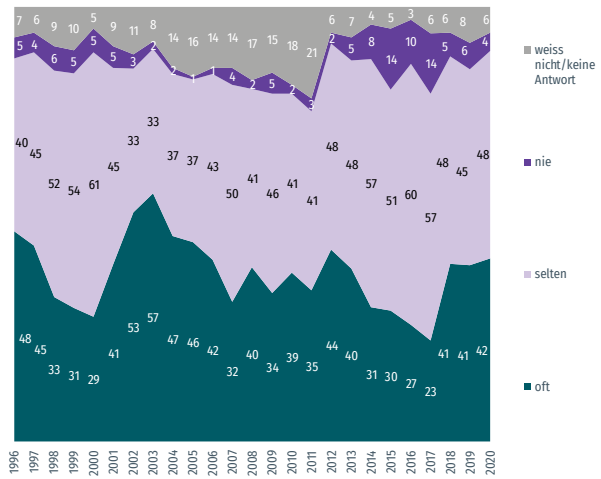
© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722)

Grafik 20

Trend Wirtschaftsversagen

"Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2020 (N jeweils ca. 1000-2500)

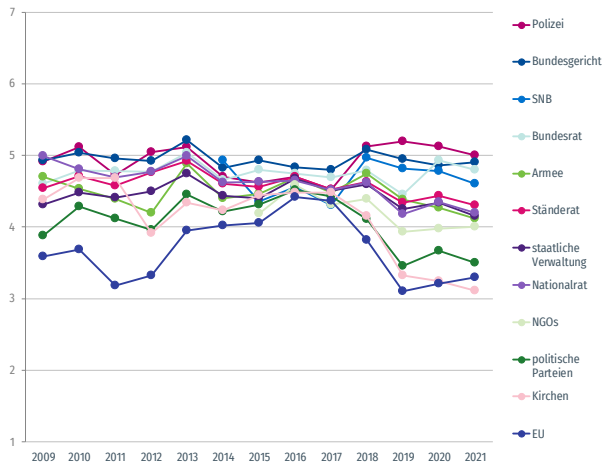
Grafik 21

Die Polizei bleibt der Akteur mit dem höchsten Vertrauen im Bereich der Politik und Behörden, gefolgt vom Bundesgericht und dem Bundesrat. Nachdem der Bundesrat 2020 einen deutlichen Vertrauensgewinn verbuchen konnte, hat das Vertrauen seitherim Mittel aller Stimmberechtigten eher wieder leicht abgenommen. Eine leichte Abnahme ist jedoch auch bei den meisten anderen Akteuren zu verzeichnen – so etwa beim Stände- und Nationalrat, der Armee, den politischen Parteien oder der Verwaltung. Der Bundesrat bleibt somit – aller zuweilen lauten Kritik zum Trotz – ein eindeutiger Vertrauensfaktor der Schweizer Politik. Während die Kirchen weiterhin an Vertrauen verlieren, konnte die EU etwas dazugewinnen, womit die EU zum ersten Mal seit Beginn der Befragung nicht der Akteur mit dem geringsten Vertrauen im Bereich der Behörden und Politik ist (Gratiszeitungen und YouTube verzeichnen noch tiefere Vertrauenswerte als die Kirche).

Trend Mittelwert Vertrauen in Akteure (Politik & Behörden)

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Geben Sie bitte anhand dieser Skala an, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede der unten aufgeführten Institutionen ist."

in Mittelwerten Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722)

Grafik 22

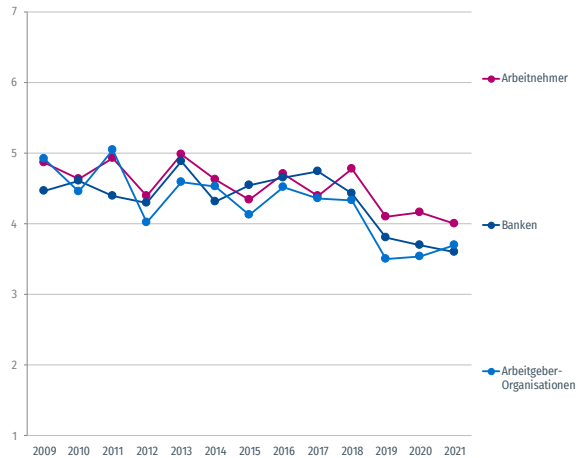
Die Vertrauenswerte der drei abgefragten Akteure im Bereich der Wirtschaft bewegen sich im Durchschnitt seit bald zehn Jahren immer ungefähr in einem ähnlichen Bereich zwischen vier und fünf auf einer Skala von eins bis sieben. Damit drückt die Schweizer Bevölkerung diesen Akteuren ein Niveau an Vertrauen aus, das durchaus vergleichbar ist mit den Werten der Politik. Trotz der Tatsache, dass die Wirtschaft ein wichtiger Partner der Behörden war in der Bekämpfung der Corona Pandemie, konnte keiner der abgefragten Akteure neue Höchstwerte im Vertrauen erzielen, die Arbeitnehmer/innen legen jedoch im Vergleich zum letzten Jahr am ehesten zu.

Trend Mittelwert Vertrauen in Akteure (Wirtschaft)

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Geben Sie bitte anhand dieser Skala an, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede der unten aufgeführten Institutionen ist."

in Mittelwerten Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722)



Grafik 23

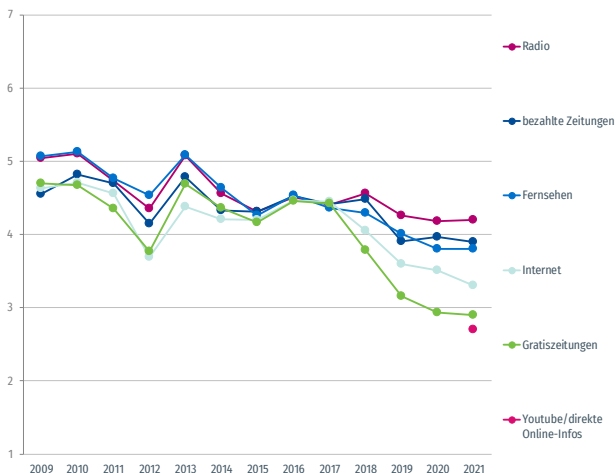
Bei den Medien nimmt das Vertrauen seit Beginn der Befragungsreihe 2009 in der Tendenz eher ab. Dabei tut sich insbesondere in den letzten fünf Jahren ein Graben zwischen den unterschiedlichen Medienarten auf: Die klassischen redaktionellen Medien (Radio, bezahlte Zeitungen und das Fernsehen) konnten den Vertrauensverlust in den letzten drei Jahren abbremsen und haben auch während der Pandemie nicht weiter an Vertrauen eingebüsst. Anders sieht es hingegen bei Gratiszeitungen und dem Internet aus, wo die Talfahrt weiterhin anhält. Allerdings ergab sich bei den Gratiszeitungen kein so deutlicher Einbruch mehr wie zwischen 2017 und 2020. Besonders tief ist das Vertrauen in YouTube.

Trend Mittelwert Vertrauen in Akteure (Medien)

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Geben Sie bitte anhand dieser Skala an, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede der unten aufgeführten Institutionen ist."

in Mittelwerten Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722)



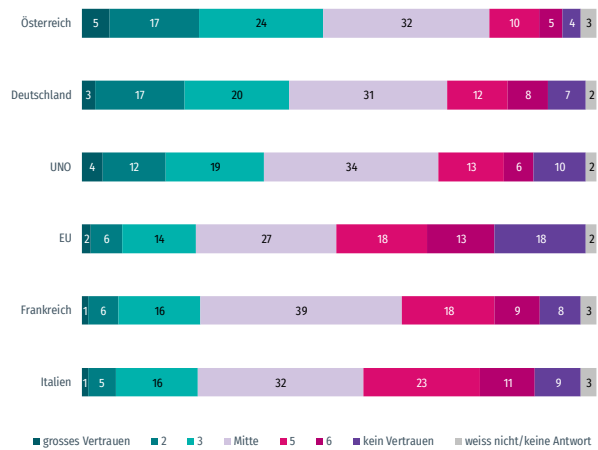
Grafik 24

Beim Blick über die Landesgrenzen vertraut man jenen Staaten am meisten, die mit der Schweiz nahe verwandt sind. Österreich und Deutschland liegen an der Spitze mit einem Anteil von 20 Prozent und mehr, die ein grosses Vertrauen haben. Das Vertrauen in die UNO ist ähnlich ausgeprägt wie jenes in Deutschland. Die EU kommt zwar (ganz knapp) noch vor Italien und Frankreich zu liegen, wenn es um den Anteil Stimmberechtigter geht, die grosses Vertrauen haben. Im Falle der EU ist jedoch auch der Anteil, der kein oder nur wenig Vertrauen hat, relativ gross (respektive grösser als bei Frankreich und Italien). Grob gesagt gilt: Je weiter weg von der Schweiz (geografisch und kulturell), desto geringer ist das Vertrauen.

Vertrauen in ausgewählte Staaten, Staatenbünde und Organisationen

"Nennen Sie mir bitte auch gleich das Vertrauen in folgende Staaten, Staatenbünde und Organisationen und ihre Politik der Schweiz gegenüber."

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1330)

Grafik 25

4.2 Politische Institutionen

Um in Zukunft politische Probleme in der Schweiz zu lösen, wünscht man sich in erster Linie - und noch deutlicher als im letzten Jahr - Kompromisse im Parlament. Trotz wiederkehrender Konflikte darüber, wer die Lasten der Pandemie tragen sollte, hat sich im Vergleich zu 2020 die Ansicht, dass politische Konflikte im Alltag eigentlich unwichtig seien, stark verbreitet. Nicht weiter verstärkt, aber gehalten hat sich der Anteil Stimmberechtigter mit der Meinung, dass die Schweiz unter Druck immer zusammenstehe und Lösungen finde. Mit Fokus auf den Bundesrat ist man noch stärker der Meinung, dass dieser seine Führungsrolle besser wahrnehmen müsste.

Das zweite Jahr der Pandemie hat zudem das Empfinden deutlich gestärkt, dass die Schweiz primär für die Suche von Lösungen vor Ort zuständig sei und nicht für weltweite Probleme. Diese Ansicht ist dieses Jahr vom am wenigsten unterstützten Lösungsansatz 2020 auf Platz zwei geschossen. Die Gegenthese, dass Lösungen besser international gefunden würden, wird zwar ebenfalls von einer (zunehmenden) Mehrheit befürwortet, diese ist jedoch weniger breit abgestützt.

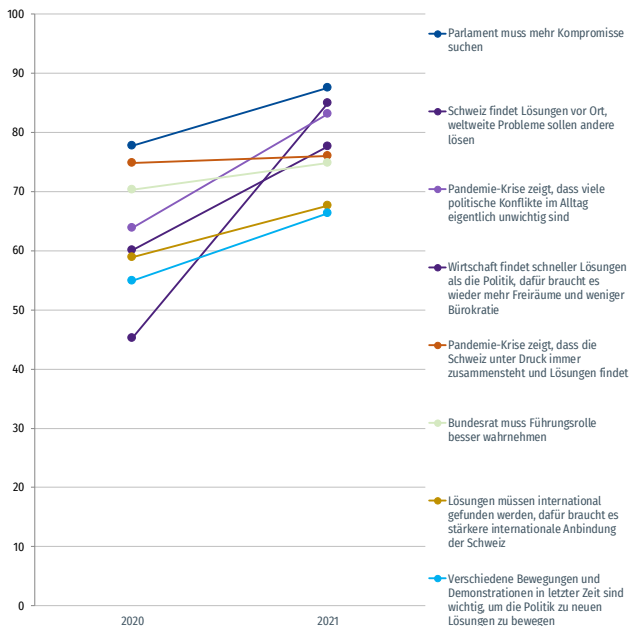
Gestiegen ist auch die Ansicht, die Wirtschaft sei schneller fähig, Lösungen zu finden als die Politik, weshalb es mehr Freiräume und weniger Bürokratie brauche. Auch soziale Bewegungen wirken (z.B. in Form von Demonstrationen) von aussen auf die Politik ein. Die Ansicht, dass diese wichtig seien, um die Politik zu neuen Lösungen zu bewegen, wird nach wie vor von einer Mehrheit geteilt.

Trend Unterschiedliche Lösungen für politische Probleme (Auswahl)

"Es gibt unterschiedliche Vorstellungen, wie man Lösungen für politische Probleme suchen kann. Sind Sie mit den folgenden Aussagen sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden?"

in % Stimmberechtigte, Anteil sehr/eher einverstanden

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722)



Grafik 26

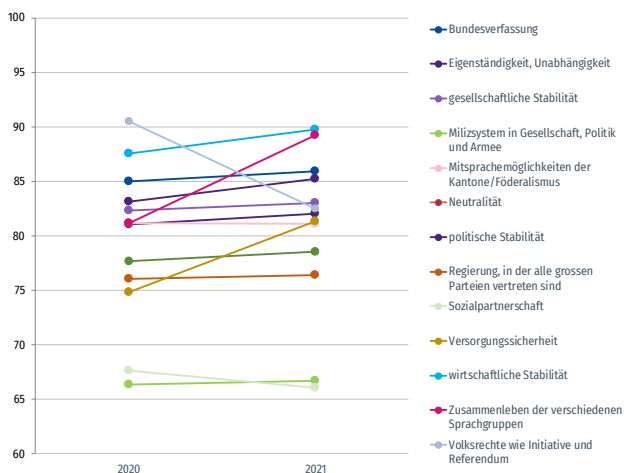
In der Schweiz gibt es eine Vielzahl von Institutionen, Traditionen und Eigenschaften, die eine Mehrheit der Stimmberechtigten stolz machen (zur besseren Lesbarkeit wurden die Achsen angepasst und decken nur Zustimmungswerte über 60% ab). So ist man heute besonders stolz auf die wirtschaftliche Stabilität, das Zusammenleben der Sprachgruppen und die Bundesverfassung. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es nur gerade zwei Elemente, auf die man weniger stolz ist als noch 2020: Die Volksrechte (Initiativen und Referenden) und die Sozialpartnerschaft. Gerade im Bereich der Versorgungssicherheit wurde im Laufe des letzten Jahres gut sichtbar, dass die Schweiz – aller Kritik zum Trotz – für alle sorgen konnte.

Trend Elemente der schweizerischen Politik, die stolz machen

"Gibt es bestimmte Dinge, auf die Sie an der schweizerischen Politik besonders stolz sind?"

in % Stimmberechtigte, Anteil sehr/eher stolz

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722)



Grafik 27

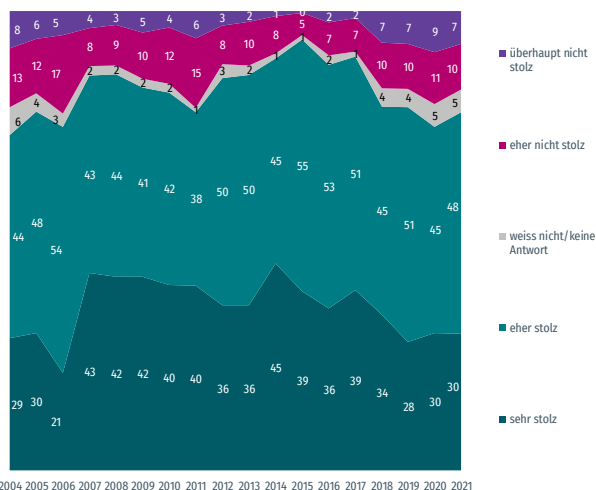
5 Identität

Im Vergleich zur zweiten Hälfte der Nullerjahre ist der Anteil jener Schweizerinnen und Schweizer, die sehr stolz auf die eigene Herkunft ist, etwas kleiner, und die Gruppe jener, die eher nicht oder überhaupt nicht stolz sind, hat im Vergleich zu den Jahren 2012 bis 2017 zugenommen. Dennoch ist über alle Jahre hinweg eine klare Mehrheit (aktuell sind es 78%) der Stimmberechtigten stolz, Schweizer/in zu sein.

Trend stolz Schweizer/Schweizerin zu sein

"Und jetzt zur Schweiz ganz allgemein. Sind Sie stolz, Schweizer/Schweizerin zu sein?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722)

2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021

Gräfik 28

Deutlich zugenommen hat die Einschätzung, dass das sinkende freiwillige Engagement eine Gefahr für die Identität der Schweiz ist. War dieses Element 2019 noch auf den hintersten Rängen der wahrgenommenen Gefahren zu finden, steht es nun mit Abstand an der Spitze. Ebenfalls von einer grossen Mehrheit als Gefahr für die Identität wird die sinkende Fähigkeit der Politik für tragfähige Lösungen gesehen. Nahe verwandt mit dem fehlenden Vermögen, Lösungen zu finden, ist der Trend hin zu einer stärkeren politischen Polarisierung. Seit 2018 wird diese Entwicklung wieder zunehmend mehr als Gefahr empfunden.

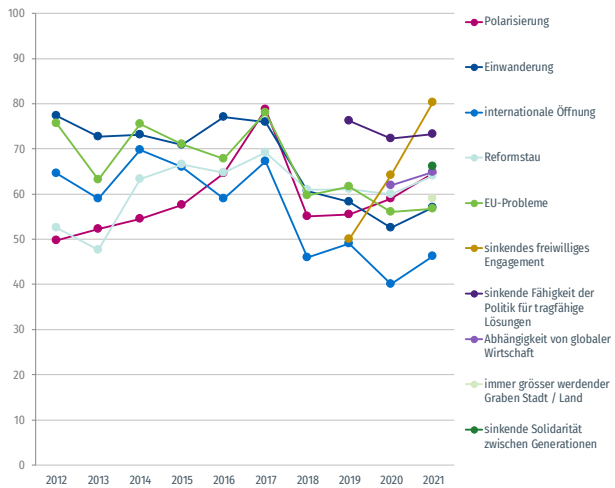
Während die Corona-Pandemie vielerorts kleinere politische Probleme in den Hintergrund treten liess und zuweilen durchaus ein Solidaritätsempfinden zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen wurde, sorgen sich dennoch über 60 Prozent der Stimmberechtigten um die Auswirkung der sinkenden Solidarität zwischen den Generationen auf die nationale Identität. Der grösser werdende Stadt-Land-Graben, der ebenfalls auf die sich auseinanderbewegenden Lebenswelten anspielt, wird etwas weniger häufig als Gefahr für die Identität gesehen.

Eine Mehrheit in der Bevölkerung befürchtet, dass die Schweizer Identität unter Druck gerät, wenn eine zu starke Abhängigkeit von der globalen Wirtschaft besteht. Mit Bezug auf Probleme mit der EU ist man dagegen etwas gelassener. Auch hier sieht eine Mehrheit eine potenzielle Gefahr für die Identität, dies ist aber weniger breit der Fall, als bei den wirtschaftlichen Abhängigkeiten.

Trend Gefährdung Schweizer Identität

"Man hört verschiedene Argumente, wieso die Schweizer Identität gefährdet werden könnte. Geben Sie bitte an, ob Sie durch folgende möglichen Ursachen die Schweizer Identität sehr gefährdet, eher gefährdet, eher nicht gefährdet oder überhaupt nicht gefährdet sehen."

in % Stimmberechtigte, Anteil sehr/eher gefährdet



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 66)

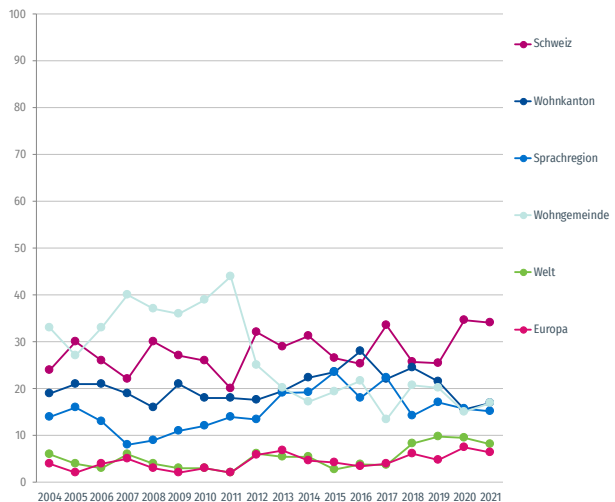
Grafik 29

Es bleibt dabei, dass sich eine Mehrheit in erster Linie der Schweiz als Land zugehörig fühlt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich am Zugehörigkeitsgefühl zu den einzelnen Ebenen des Bundesstaates oder darüber hinaus kaum etwas geändert. Die zuweilen vorhandene Kritik am Föderalismus schlägt sich somit nicht in einem Zerfall der kantonalen oder lokalen Identität nieder.

Trend Zugehörigkeit geographische Einheit in erster Linie

"Welcher dieser geographischen Einheiten auf dieser Liste hier fühlen Sie sich in 1. Linie zugehörig?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1316)

Grafik 30

6 Fokus Wirtschaft

6.1 Individuelle Wirtschaftslage

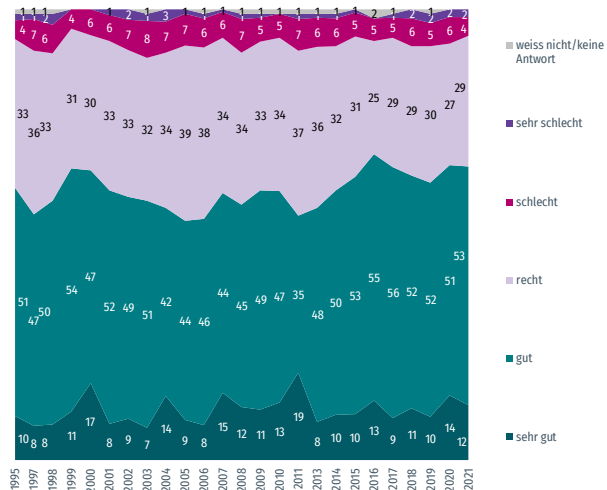
Die Corona-Pandemie war und ist zweifelsohne eine Belastung für die Volkswirtschaft der Schweiz insgesamt – genauso wie für viele einzelne Unternehmen und Individuen. Dennoch hinterlässt die Pandemie in den letzten zwei Jahren kaum seine Spuren, wenn es um die eigene Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der Stimmberechtigten geht. Eine Mehrheit der Bevölkerung sagt von sich, dass es ihnen sehr gut oder gut geht. Weitere 29 Prozent beschreiben ihre Lage immerhin als recht. Diese Werte sind so mit jenen in den Jahren vor Ausbruch der Pandemie weitgehend vergleichbar. Die ergriffenen staatlichen Massnahmen konnten somit die ärgsten Auswirkungen der Krise für viele offensichtlich sehr gut abfedern. Wie auch bereits 2008 im Zusammenhang mit der Finanzkrise, der sogenannten Euro-Krise ein paar Jahre später oder dem Frankenschock 2015, scheint die Schweiz das schwierige ökonomische Umfeld verkraften zu können und zeigt sich resilient.

Trend aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage

"Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht?"

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722)



Grafik 31

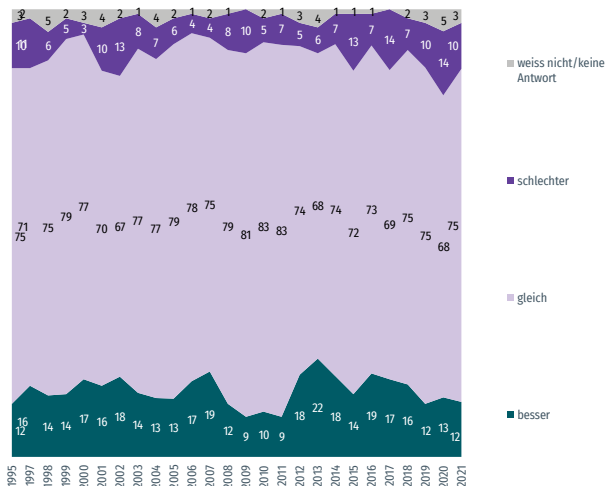
Auch auf die Zukunft angesprochen bleibt eine klare Mehrheit (75%) der Stimmberechtigten optimistisch, dass sie ihren aktuellen Wohlstand mindestens halten oder sogar verbessern (12%) kann. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil Stimmberechtigter, die von einer Verschlechterung der eigenen Wirtschaftslage ausgehen, wieder auf das Niveau vor der Pandemie gesunken.

Trend kommende individuelle wirtschaftliche Lage

"Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken, würden Sie dann sagen, dass es Ihnen wirtschaftlich gesehen besser, gleich oder schlechter als jetzt gehen wird?"

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722)



Grafik 32

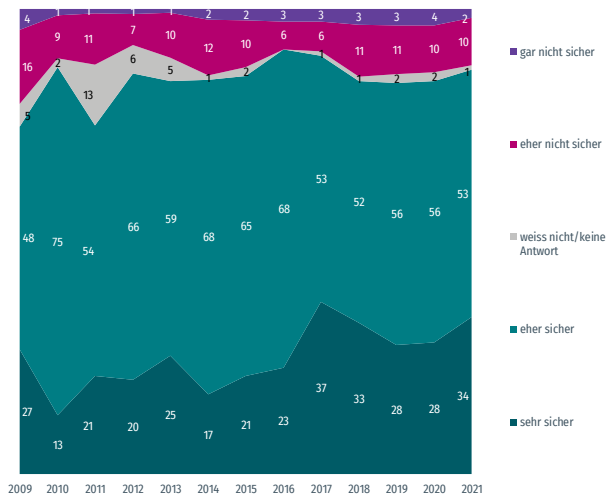
Die Zuversicht über die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes steigt im Vergleich zum Vorjahr erneut an. Aktuell sind 87 Prozent der berufstätigen Stimmberechtigten überzeugt, ihr Arbeitsplatz sei sicher – 34 Prozent davon empfinden ihn sogar als sehr sicher.

Trend Filter Sicherheit eigener Arbeitsplatz

"Und ganz generell betrachtet: Wie sicher ist Ihrer Meinung nach Ihr eigener Arbeitsplatz?"

in % berufstätige Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 996)



Grafik 33

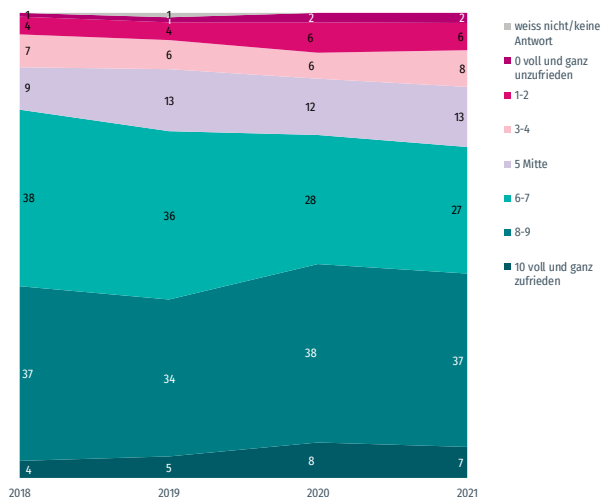
Die Mehrheit der Stimmberechtigten ist mit dem eigenen Leben insgesamt zufrieden. Sichtbar wird aber auch eine zunehmende Polarisierung bezüglich der Lebenszufriedenheit: Zwar ist der Anteil jener Befragten, die äusserst zufrieden sind (Werte von 8 oder höher) im Vergleich zu den Jahren 2018 und 2019 weiterhin erhöht, dasselbe gilt jedoch auch für Personen, die auf einer Zufriedenheitsskala von 1 bis 10 Werte von 5 oder tiefer wählen.

Trend Zufriedenheit gegenwärtige Situation

"Auf einer Skala von 0 bis 10, wie zufrieden sind Sie gegenwärtig alles in allem mit Ihrem Leben?"

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1722)



Grafik 34

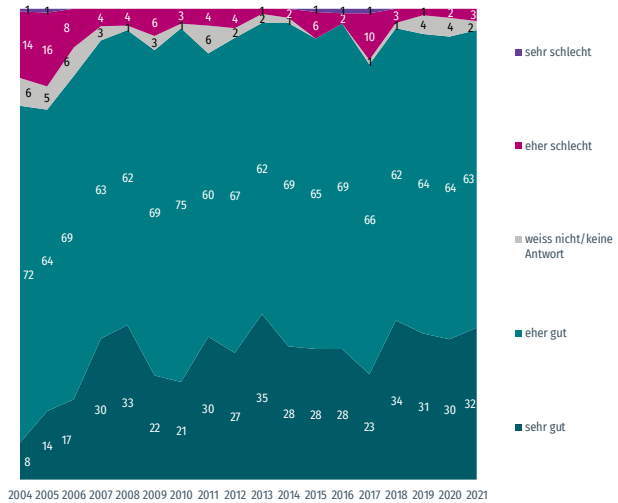
6.2 Schweiz vs. Ausland

Eine Mehrheit der Schweizer/innen ist überzeugt, die Schweiz habe es während der Corona-Krise besser gemacht als andere Staaten. Fast alle Stimmberechtigten (95%) sind zudem der Ansicht, die Schweizer Wirtschaft stehe im Vergleich zur ausländischen sehr oder eher gut da. Diese Überzeugung (insbesondere der Anteil, welcher sehr überzeugt ist), hat seit Beginn der Befragungsreihe 2004 deutlich und nachhaltig zugenommen.

Trend Schweizer und ausländische Wirtschaft im Vergleich

"Wie steht die Schweizer Wirtschaft im Vergleich zur ausländischen Wirtschaft da? "

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1316)

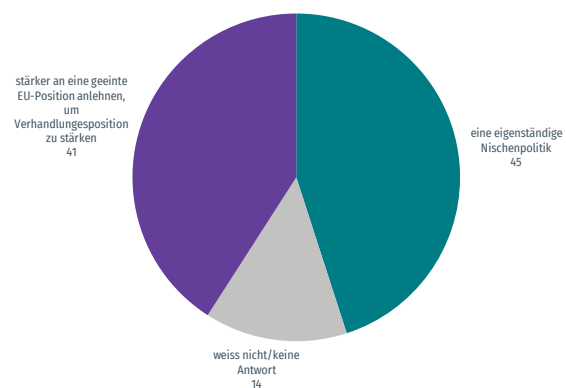
Grafik 35

Die Schweiz kann gemäss der Eigenwahrnehmung ihrer Bevölkerung aus einer ökonomischen Position der Stärke agieren. Dennoch haben die Beziehungen zur EU traditionellerweise (und breit anerkannt) einen hohen Stellenwert. Dies widerspiegelt sich auch in der Einschätzung zur besten Strategie für die Schweiz im Welthandel. Die Bevölkerung ist relativ gleichmässig aufgeteilt in einen Anteil (41%), der sich eine stärkere Anlehnung an die EU und ihre Positionen wünscht und einen Teil (45%), der eher eine Strategie der eigenständigen Nischenpolitik verfolgen möchte. Immerhin 14 Prozent wollen oder können auf diese Frage keine Antwort geben.

geeignete Strategie Schweiz im Welthandel

"Der Welthandel wird vermehrt gesteuert von der Machtpolitik von Grossmächten. Welche Strategie soll die Schweiz hier eher verfolgen?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1316)

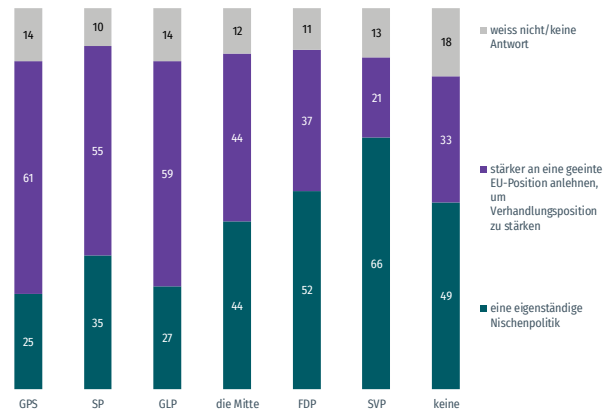
Grafik 36

Ähnlich wie beim Verdikt über den Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen herrscht bei den Sympathisant/innen der Mitte und rechts davon im bürgerlichen Lager ein gewisser Vorbehalt (respektive deutliche Ablehnung) gegenüber einer Strategie, die eine stärkere Annäherung an die EU vorsieht. Neben der SVP können sich auch die Wählerinnen und Wähler der FDP und Parteilose mindestens relativ-mehrheitlich eher eine Nischenstrategie als eine Anlehnung an die EU vorstellen. In der Mitte sind beide Lager genau gleich gross.

Geeignete Strategie Schweiz im Welthandel nach Partei

"Der Welthandel wird vermehrt gesteuert von der Machtpolitik von Grossmächten. Welche Strategie soll die Schweiz hier eher verfolgen?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1316)

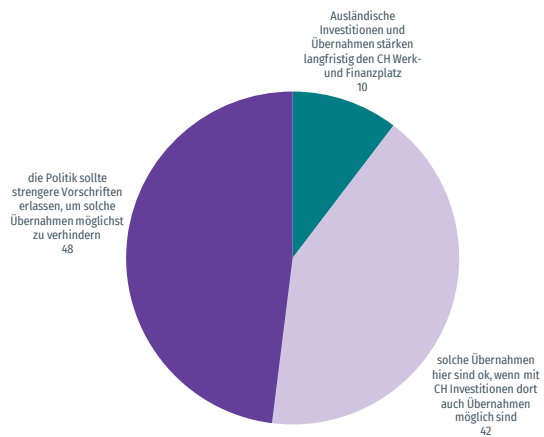
Grafik 37

Insbesondere in der Deutschschweiz gibt es eine gewisse Sensibilisierung und Sorgenwahrnehmung rund um das Thema der Firmenübernahmen durch ausländische Investoren. Ähnlich wie bei der Frage nach der geeigneten Strategie im Welthandel sind die Stimmberechtigten gespalten, wenn es um die Beurteilung solcher Firmenübernahmen aus dem Ausland geht. Eine uneingeschränkt positive Sicht wird aber nur gerade von zehn Prozent vertreten.

Schweizer Firmenübernahmen durch ausländische Besitzer

"Ausländische Investitionen in Schweizer Unternehmen, führen bisweilen bis zur Übernahme der Schweizer Firmen durch ausländische Besitzer. Welche der folgenden drei Ansichten stimmen Sie am ehesten zu?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1316)

Grafik 38

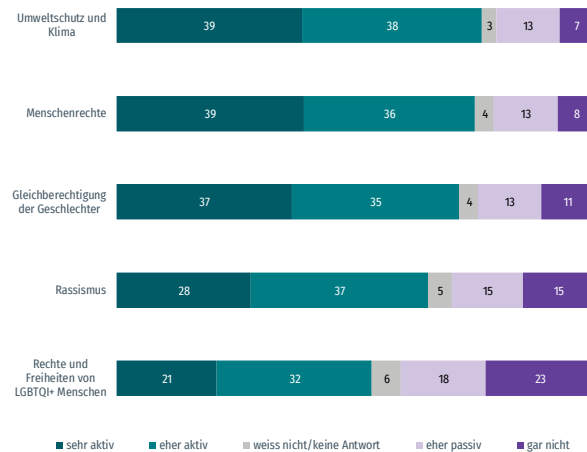
6.3 Wirtschaft und Gesellschaftspolitik

Die Frage, ob Unternehmen zu politischen Themen Stellung beziehen dürfen oder gar müssten – oder ob sie dies eben genau nicht tun sollten, beschäftigt Manager und Medien genauso wie die Bevölkerung insgesamt. Die Antwort der Stimmberechtigten fällt mindestens im Hinblick auf gesellschaftspolitische Themen klar aus: Ja, Unternehmen dürfen und sollen sich aktiv äussern – so das Verdikt insgesamt. Am eindeutigsten ist das beim Thema Klima und Umweltschutz der Fall, am wenigsten wird das bei LGBTQI+-Themen gewünscht.

Meinungsäusserungen von Unternehmen

"Immer mehr Unternehmen äussern sich direkt zu gesellschaftspolitischen Themen. Was ist Ihre Meinung dazu? Sollen sich Unternehmen in der Schweiz aktiv oder gar nicht öffentlich zu den folgenden gesellschaftspolitischen Themen äussern?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1330)

Grafik 39

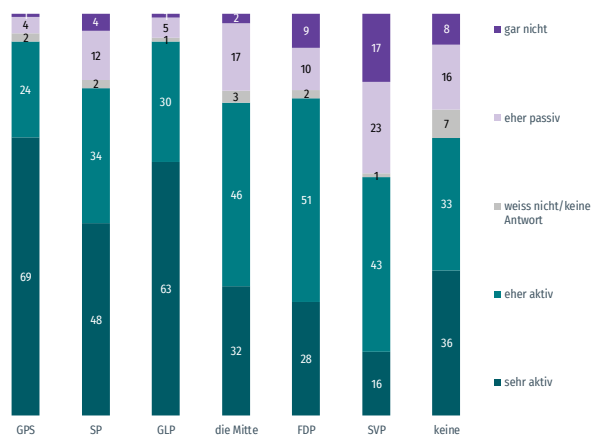
Gerade in der Klimafrage wird dieser Wunsch nicht nur in traditionell progressiven linken Kreisen geäussert, die ohnehin eine hohe Affinität zum Thema haben, sondern bis weit ins bürgerliche Lager hinein. Sogar Sympathisant/innen der SVP sind zu 59 Prozent der Meinung, Unternehmen sollen sich aktiv an einer solchen Diskussion beteiligen.

Politische Äusserung von Unternehmen nach Partei

Umweltschutz und Klima

"Immer mehr Unternehmen äussern sich direkt zu gesellschaftspolitischen Themen. Was ist Ihre Meinung dazu? Sollen sich Unternehmen in der Schweiz aktiv oder gar nicht öffentlich zu den folgenden gesellschaftspolitischen Themen äussern?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (n = 1316), sig.

Grafik 40

7 Synthese

In Thesenform fassen wir die Erkenntnisse des Credit Suisse Sorgenbarometers 2021 wie folgt zusammen:

Sorgenwahrnehmung – Beginn einer (langfristigen) Neuordnung?

Die Corona-Pandemie, der Umweltschutz und Klimawandel und die Altersvorsorge dominieren die Sorgenwelt. Klassische Sorgenthemen wie Arbeitslosigkeit oder Migration scheinen dagegen in den Hintergrund zu treten. Themen, die eher postmateriellen Charakter haben und die gesellschaftliche Gerechtigkeit als Anliegen verfolgen, haben Aufwind. Es stellt sich die Frage, ob dies der Beginn einer sukzessiven (und langfristigen) Neuordnung der Sorgenwahrnehmung ist – oder ob es sich bloss um ein Phänomen des Zeitgeistes handelt. Angesichts von Themen wie Umwelt oder Gleichstellung, die – gerade für jüngere Generationen – nicht nur einem temporären Trend entsprechen, sondern tief in ihrer Wertelandschaft verankert sind, dürfte sich diese Entwicklung wohl auch in Zukunft so fortsetzen.

Resilienz auch in der zweiten Phase der Pandemie

Die Corona-Pandemie führt den Stimmberechtigten die Resilienz und Stabilität der Schweiz in Zeiten der Krise vor Augen. Diese Einschätzung rührt wohl auch daher, dass die Schweiz vergangene Krisen bisher immer relativ gut überstanden hat. Zwar beobachten die Schweizerinnen und Schweizer das Handeln von Politik, Wirtschaft und Medien in diesen unsicheren Zeiten genau, sehen Verbesserungsmöglichkeiten beim Krisenmanagement und wägen ab, wenn es um das geäußerte Vertrauen geht. Von existenziellen Sorgen sind jedoch die allerwenigsten geplagt.

Auch in der Krise soweit gute Noten – aber keine Profilierung

Die Schweiz erhält selbst in der Krise noch recht gute Noten und zentrale Institutionen und politische Akteure wie der Bundesrat befinden sich nicht in einer Vertrauenskrise. Dennoch sinkt der Anteil jener Stimmberechtigter, die den politischen Akteuren ein hohes Vertrauen ausspricht. Obwohl der Medienkonsum während der Pandemie neue Höhen erreichte und die Wirtschaft für die Stabilisierung von Unternehmen und die Sicherung von Arbeitsplätzen ein zentraler Partner war, konnten sich weder Arbeitgeber oder Arbeitnehmer gross profilieren. Sämtliche Akteure werden bei der weiteren Bewältigung der Pandemie unter besonderer Beobachtung stehen.

Gelassenheit und Selbstsicherheit gegenüber Europa

Der Bundesrat brach im Mai 2021 die Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen ab. Trotz dieser Aktualität gewinnt die EU-Thematik in der Sorgenwahrnehmung nur leicht an Dringlichkeit. Der Verhandlungsabbruch bewegt die Gemüter insgesamt trotz der weitgehend unbekanntenen Folgen nur wenig. Im Gegenteil: Eine Mehrheit der Stimmberechtigten – bis weit in die politische Mitte – gibt an, den Kurs des Bundesrates zu unterstützen. Für die Zukunft hätte man am liebsten ein neues Rahmenabkommen. In der Wahrnehmung der Stimmberechtigten kann und soll die Schweiz diese neuen Verhandlungen aus einer Position der Stärke und Selbstsicherheit durchaus auch etwas offensiver als in der Vergangenheit angehen.

Individualisierung und Rückzug in Lebenswelten

Der Stadt-Land-Graben, der Generationenkonflikt oder Differenzen zwischen Sprachregionen werden zuweilen politisch und medial stark diskutiert. Das diesjährige Sorgenbarometer zeigt nun, dass die Perspektive auf aktuelle Entwicklungen je nach Lebenswelt tatsächlich eine andere ist. Bei Jungen und in den Städten prägen weltweite Trendthemen die Prioritäten, auf dem Land liegt der Fokus eher auf dem Erhalt des Lebensstandards. Die sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen aufgrund von Corona und die Fragmentierung des Mediensystems unterstützen den Trend zur individuellen Sorgenwahrnehmung, während Massenmedien kaum noch eigenmächtig die Agenda zu setzen vermögen. Die

Stimmbevölkerung besinnt sich aber aller Unterschiede zum Trotz auch immer wieder auf Gemeinsamkeiten.

8 Anhang

8.1 Sorgentabelle im Trend (1988-2021)

Jahr	AHV/ Alters- vorsor- ge	Gesundh- eit, Kranken- kassen	Ausländer/- innen	Flüchtlinge/ Asyl	Umwelt- schutz	Arbeitslos- igkeit/ JugendAL	EU/ Bilaterale/ Integration	Neue Armut
1988					74	49		
1989					71	27		
1990					70	21		
1991					61	34		
1992					50	73		
1993	33	19			47	89		
1994	28	24			47	83		
1995	40	32	30	31	31	70	48	
1996	36	46	22	25	20	75	34	21
1997	39	52	21	30	19	81	39	19
1998	45	46	24	47	19	74	40	17
1999	45	48	22	56	18	57	43	18
2000	49	59	22	41	25	34	45	18
2001	37	64	22	32	15	45	34	27
2002	49	58	19	43	18	52	21	22
2003	59	63	18	36	14	67	15	27
2004	49	56	24	45	11	69	18	22
2005	45	51	30	28	9	71	19	29
2006	51	55	27	39	7	66	18	28
2007	45	38	35	26	25	57	20	25
2008	39	40	24	30	20	53	17	28
2009	36	36	23	17	17	66	12	22
2010	45	41	31	19	18	76	23	18
2011	27	30	36	21	16	52	14	17
2012	36	30	37	32	18	49	20	17
2013	29	21	37	28	16	44	16	18
2014	37	23	40	26	16	51	20	14
2015	38	22	43	35	15	56	24	15
2016	28	21	36	26	13	45	22	16
2017	44	26	35	19	16	44	21	14
2018	45	41	37	31	23	22	22	18
2019	47	41	30	20	29	26	21	21

2020	37	28	28	23	29	31	23	13
2021	39	25	20	19	39	14	33 ²	14
Jahr	Löhne	Bundes- finanzen	Verkehrs- fragen / Staus	Rassismus/ Fremden- feindlichkeit	Soziale Sicherheit	Inflation/ Teuerung	Persön- liche Sicherheit	Gleichstellung
1988								
1989								
1990								
1991								
1992								
1993								
1994								
1995			12		22	15	14	10
1996	13	19	7		18	12	13	8
1997	14	22	7		15	10	13	3
1998	12	17	12		15	8	15	7
1999	13	26	7		17	5	18	7
2000	13	22	11	15	15	10	15	7
2001	19	19	10	10	13	10	14	4
2002	9	20	10	7	16	9	19	5
2003	12	22	6	11	21	10	16	3
2004	12	26	7	10	22	15	23	3
2005	21	23	4	7	15	12	20	4
2006	26	17	3	9	19	19	13	6
2007	23	18	6	9	19	20	30	5
2008	17	20	6	8	20	32	27	4
2009	16	12	5	5	31	14	25	2
2010	7	10	7	4	37	15	28	2
2011	14	11	8	4	26	15	27	3
2012	13	8	9	10	19	9	21	5
2013	19	10	13	11	21	13	24	5
2014	10	11	12	11	16	9	17	3
2015	10	9	8	10	12	11	17	3
2016	14	10	15	12	11	12	15	6
2017	6	13	19	7	18	15	14	8
2018	15	15	15	14	13	13	12	11
2019	11	12	8	10	14	12	23	11
2020	8	8	8	11	17	10	11	8

² ab 2021 inklusive «Meinungsverschiedenheiten mit der EU»

Jahr	(Kern-) Energie / Versorgung	Zusammenleben	Bildungswesen	Sicherheit im Internet/ Cyber-Spionage	Globalisierung	Drogen/ Alkohol	Familienpolitik/ Kinderbetreuung	Terrorismus/ Extremismus
2021	9	8	9	10	14	8	10	13
1988						64		
1989						72		
1990						70		
1991						62		
1992						64		
1993						73		
1994						76		
1995	10	11				34	10	
1996	4	6			8	30	8	
1997	5	6			9	28	3	
1998	4	5			10	22	7	
1999	7	6			13	16	7	
2000	11	5			11	15	7	1
2001	6	10			24	11	4	27
2002	6	9			17	12	5	8
2003	4	7			15	18	3	6
2004	2	5			10	11	3	11
2005	5	5			16	14	4	15
2006	11	5			11	14	6	11
2007	10	5			14	10	5	10
2008	15	5			11	10	4	7
2009	9	5			11	9	2	4
2010	11	5	3		14	8	2	3
2011	15	8	3		13	7	3	4
2012	16	5	6		7	10	5	5
2013	19	12	6	7	11	14	5	5
2014	17	7	4	9	10	16	3	9
2015	13	7	3	14	7	13	3	10
2016	10	11	9	9	9	10	8	14
2017	16	10	7	10	8	11	10	13
2018	11	11	10	9	8	8	8	8
2019	14	8	8	7	6	13	8	6
2020	14	8	7	8	12	10	4	3
2021	14	12	7	9	10	7	5	4

Jahr	Banken- krise	Digital- isierung/ Technolog- isierung/Zu- kunft der Arbeitswelt	Sozial- partner- schaft	Religiöser Fundament- alismus	Schwächen direkte Demokratie	Land- wirtschaft/ Milchpreis/ Subventionen	Wirtschafts- lage/ Konjunktur/ Franken- stärke
1988							
1989							
1990							
1991							
1992							
1993							
1994							
1995						13	
1996			8			13	
1997			7			8	
1998			7			7	
1999			5			7	
2000			7			7	
2001			5			7	
2002			5			12	
2003			6			11	
2004			8			6	
2005			9			4	
2006			8			10	
2007			7			7	
2008			10			4	
2009	29		11	4		5	
2010	13		5	7		5	
2011	30		10	7		5	
2012	14		7	6		6	
2013	11		6	8		8	
2014	14		9	7	6	5	
2015	9		7	6	4	3	
2016	11	4	9	8	7	9	
2017	8	7	6	7	9	10	
2018	7	7	7	6	6	6	6
2019	4	6	4	6	6	5	11
2020		6	6	4	6	4	8
2021		9	6	4	7	6	5

Jahr	Benzin-/Erdölpreise	Eurokrise	Reform des Staates	Armee-fragen	Meinungs-verschiedenheiten mit der EU	Übernahme von Schweizer Unternehmen durch ausländische Investoren	Globale Handelskonflikte
1988							
1989							
1990							
1991							
1992							
1993							
1994							
1995			5	9			
1996			5	6			
1997			6	4			
1998			4	4			
1999			4	7			
2000			5	7			
2001			3	5			
2002			4	4			
2003			4	3			
2004			5	6			
2005			6	5			
2006			6	4			
2007			4	5			
2008			7	9			
2009	4		7	6			
2010	3		10	7			
2011	5		9	5			
2012	13	22	4	10			
2013	7	15	6	10			
2014	9	16	6	8			
2015	5	24	5	7			
2016	6	19	9	6			
2017	4	10	7	5			
2018	6	5	4	0			
2019	-	4	4	0	16	6	3
2020			7		13	8	
2021	6		4				

8.3 gfs.bern-Team

Lukas Golder

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS
FH in Communication Management, Dozent an der ZHAW

lukas.golder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen,
Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel,
Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen
Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

Cloé Jans

Leiterin operatives Geschäft, Politikwissenschaftlerin, CAS in Kommunikationsmanagement und
Leadership

cloe.jans@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Image- und Reputationsanalysen, Jugend- und Gesellschaftsforschung, Abstimmungen /
Kampagnen / Wahlen, Issue Monitoring / Begleitforschung politische Themen, Medienanalysen,
gesundheitspolitische Reformen und Fragen, qualitative Methoden

Thomas Burgunder

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mathematiker

thomas.burgunder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen,
qualitative Datenanalyse

Adriana Pepe

Praktikantin Projektleitung, Politikwissenschaftlerin

adriana.pepe@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Gesellschaftsforschung, direkte Demokratie, Abstimmungen,
Energiepolitik

Daniel Bohn

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

daniel.bohn@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung,
Visualisierung

Roland Rey

Mitarbeiter Administration

roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration